

Wahlbeobachtung 1995 in Jekaterinburg und Perwouralsk. (I): Vor der Wahl

Hübner, Peter; Luchterhandt, Galina; Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hübner, P., Luchterhandt, G., & Schneider, E. (1996). *Wahlbeobachtung 1995 in Jekaterinburg und Perwouralsk. (I): Vor der Wahl.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 10/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46064>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wahlbeobachtung 1995 in Jekaterinburg und Perwouralsk

Teil I: Vor der Wahl

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Situation des Gebiets Swerdlowsk ist durch Industrierückgang, Arbeitslosigkeit, Umweltbelastung und eine fortgeschrittene Privatisierung gekennzeichnet. Ein Kompetenzabgrenzungsvertrag mit der Föderation wurde am 12. Januar 1996 unterzeichnet. An der Spitze des Gebiets steht der von der Bevölkerung bei der Wahl am 22. August 1995 eindrucksvoll unterstützte - 1993 von Jelzin wegen seines Plans einer "Ural-Republik" abgesetzte - Gouverneur Eduard Rossel. Vor der Dumawahl unterblieb die vorgeschriebene finanzielle Unterstützung der Direktkandidaten durch die Zentrale Wahlkommission völlig. Im Wahlkampf zeigten sich einige Mängel des Wahlgesetzes, das sich jedoch vor allem durch erweiterte Kontrollmöglichkeiten von den Vorgängerregelungen positiv unterscheidet.

Hintergrund

Wirtschaftliche Situation

Die wirtschaftliche Basis des Gebietes Swerdlowsk (4,7 Millionen Einwohner, Fläche 195.000 km², größte Länge rund 600 km, größte Breite rund 500 km, Hauptstadt Jekaterinburg) bilden die Rüstungsindustrie und die Rohstoffförderung.¹ Die Rüstungsproduktion nahm von 1991 bis 1994 um 50% ab. In Jekaterinburg arbeiten knapp ein Drittel der Erwerbstätigen im Rüstungssektor. Die tatsächliche Arbeitslosenquote, die nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von der regionalen Statistikbehörde berechnet wurde, beträgt im Gebiet Swerdlowsk 12,5%. Die Rohstoffvorkommen versiegen zunehmend. Kohle wird schon jetzt nicht mehr gefördert, die Vorräte an Bauxit - dem Rohstoff für die Aluminiumerzeugung - sind bald erschöpft.

Die Privatisierung wurde im Gebiet Swerdlowsk bisher so umfassend und zügig durchgeführt, daß das Gebiet im landesweiten Vergleich an dritter Stelle rangiert. Die Exportbilanz ist positiv, wobei hauptsächlich Metalle, Edelsteine und daraus gefertigte Waren exportiert werden, vor allem in

¹ Mögel, Nicola A./Schwanitz, Simone, Das Gebiet Sverdlovsk. Eindrücke von einer Forschungsreise. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 3/1996. Die hauptsächlich verwendeten russischen Quellen sind: kologičeskie problemy Sverdlovskoj oblasti. Ekaterinburg 1995. Social'no-konomičeskoe položenie Sverdlovskoj oblasti za I polugodie 1995, in: Oblastnaja Gazeta, 1.8.1995.

Länder der Europäischen Union und Osteuropas. Die Importe - hauptsächlich Maschinen, Ausrüstungen und Verkehrsmittel - stammen aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und Italien.

Die ökologische Belastung ist hoch. Die Luft weist in Jekaterinburg ständig erhöhte Werte von Asbest- und Kohlestaub, von Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid, Eisen, Kohlenstoff, Blei, Formaldehyd, Phenolen und Ammoniak auf. Das Wasser ist durch Kupfer, Spuren von Erdöl, Schwefelwasserstoff, Zink und Nickel verunreinigt.

Neuere politische Entwicklungen

Seit der letzten Staatsdumawahl am 12. Dezember 1993² hat sich die politische Situation im Gebiet Swerdlowsk verändert. Durch die neue Verfassung vom Dezember 1993 mit dem Artikel 5, Abs. 1 (Gleichberechtigung der Republiken und Gebiete der Russischen Föderation) war der Grund für die Bildung einer Ural-Republik eigentlich entfallen. Doch die verfassungsmäßig verankerte Gleichberechtigung aller Föderationssubjekte ist noch keineswegs real umgesetzt.

Deshalb handelte das Gebiet Swerdlowsk in Moskau zwanzig Vereinbarungen über Einzelfragen wie Budget und Finanzen, Bodenschätze, Bildung usw. aus. Eine Vereinbarung über die Abgrenzung der Kompetenzen der Föderation und des Gebiets Swerdlowsk wurde am 12. Januar 1996 von Regierungschef Viktor Tschernomyrdin und dem Gouverneur des Gebiets Swerdlowsk, Eduard Rossel, unterzeichnet.³ Die Verfassung regelt zwar in Art. 71 die Zuständigkeiten der Föderation und in Art. 72 die gemeinsamen Zuständigkeiten von Föderation und Föderationssubjekten, macht aber keinerlei Aussagen über die Alleinzuständigkeit der Föderationssubjekte. Diesen Spielraum haben bisher neun der 21 Republiken und - außer Swerdlowsk - zwei der 55 Gebiete zum Abschluß von Sonderabkommen genutzt.

Das Gebiet Swerdlowsk gab sich - wie von der neuen Verfassung vorgesehen - ein Statut, das in Art. 32 ein Zwei-Kammer-Parlament vorsieht.⁴ Die erste Kammer, die Gebietsduma, besteht aus 28 Mitgliedern, die für vier Jahre im März 1994 gewählt wurden und alle zwei Jahre zur Hälfte ausgetauscht werden. Die zweite Kammer, die Vertreterkammer, bilden 21 Abgeordnete, die für zwei Jahre gewählt werden.

Im Sommer 1995 erhielt das Gebiet Swerdlowsk von Jelzin die Erlaubnis, den Gouverneur zu wählen. (Laut dem nach hartem achtmonatigen Ringen zwischen Präsident, Staatsduma und Föderationsrat am 6. Dezember 1995 unterzeichneten Gesetz über die Bildung des Föderationsrats müssen nun ohnehin bis Ende 1996 alle bisher von Jelzin ernannten Chefs der regionalen Exekutivorgane gewählt werden.) Die Stichwahl zum Gouverneur gewann am 22. August 1995 mit großer Mehrheit der Rußlanddeutsche Eduard Rossel, dessen Vater mit 20 Jahren unter Stalin erschossen wurde und dessen damals schwangere Mutter in ein Zwangsarbeitslager kam.⁵ Er war von Jelzin am 10. November 1993 wegen seines Plans einer Ural-Republik als Chef der Gebietsverwaltung abgesetzt worden, dann aber zum Vorsitzenden der Gebietsduma sowie zum Mitglied des Föderationsrats gewählt worden. Rossels Gegenkandidat war sein damaliger Nachfolger als Chef der Gebietsexekutive, Alexej Strachow, der im Wahlkampf vom Block des Regierungschefs Viktor Tschernomyrdin, "Unser Haus Rußland", unterstützt worden war.

Eduard Rossel gründete für die Staatsdumawahl in Anwesenheit des damaligen Vorsitzenden des Föderationsrats, Wladimir Schumejko⁶, die zentristische Wählerversammlung "Umgestaltung des Vaterlands", die bei den Regionalwahlen im Gebiet Swerdlowsk unter dem Namen "Umgestaltung des Ural" firmiert. Sie wurde am 16. Juni 1995 registriert. Die "Umgestaltung des Vaterlands" ist

² Vgl. Schneider, Eberhard, Wahlbeobachtung in Jekaterinburg. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 59/1993.

³ ITAR-TASS 12.1.1996.

⁴ Ustav Sverdlovskoj oblasti, in: Ural političeskij - 95. Informacionno-spravočnyj sbornik. Ekaterinburg 1995, S. 191-230.

⁵ Rossel in einem Interview in: Argumenty i fakty, 17.10.1995.

⁶ Rossijskaja gazeta, 27.9.1995.

hauptsächlich im Gebiet Swerdlowsk verbreitet und deshalb eine mehr oder weniger regionale Partei, die jedoch auch föderationsweit kandidierte. Sie möchte die Erneuerung von unten, von den Regionen her erreichen. Sie tritt für die Gleichberechtigung der Föderationssubjekte, für deren politische und die wirtschaftliche Selbstverwaltung ein.⁷ Auf der Parteienliste rangierte diese Wählervereinigung auf dem günstigen Platz 4.

Zum Gebiet Swerdlowsk gehören sieben Wahlkreise mit 3,4 Millionen Wählern, 65 territorialen Wahlkommissionen und 2.488 Wahllokalen. Die beiden Jekaterinburger Wahlkreise Werch-Isetsk und Ordschonikidse waren insgesamt in sieben Rajons unterteilt. In den sieben Wahlkreisen des Gebiets Swerdlowsk kandidierten 67 Direktkandidaten (1993 nur 31); pro Wahlkreis waren es vier bis 17. 37 vertraten bestimmte Parteien/Wählervereinigungen - u.a. je fünf die LDPR Schirinowskijs und "Vorwärts, Rußland!" Boris Fjodorows, vier die "Umgestaltung des Vaterlands" von Eduard Rossel. Die meisten Partei-Direktkandidaten kandidierten auch auf Parteilisten. Ein Teil der Direktkandidaten - darunter zehn Frauen gegenüber nur zwei 1993 - waren landesweit, zumindest aber in der Region bekannt, so Galina Karelowa als Vorsitzende des Komitees des Föderationsrats für Sozialpolitik und Sozialschutz der Bevölkerung, ferner acht Staatsdumaabgeordnete, sechs Abgeordnete der Gebietsduma und 22 Betriebsdirektoren.

Am 17. Dezember 1995 wurde in Jektarinburg zugleich - allerdings auf einer rechtlich umstrittenen Basis - der Oberbürgermeister aus vier Kandidaten gewählt, was sich positiv auf die Wahlbeteiligung auswirkte. Der Oberbürgermeisterwahl wurde dem Vernehmen nach größeres Gewicht beigemessen als der Staatsdumawahl.

Im Wahlkreis Perwouralsk wurden mit der Staatsdumawahl zwei lokale Referenda verbunden. Solche - aus Kostengründen vorgenommenen - Zusammenlegungen von Bürgermeister-, Gouverneurs-, lokalen Duma- und anderen örtlichen Wahlen gab es auch in zahlreichen anderen Regionen.

Wahlkommissionen und Wahlbeobachter

Wahlkommissionen

Abgesehen von formellen Vorschriften scheinen bei der Bildung der Wahlkommissionen auch informelle Regelungen eine große Rolle zu spielen. Nach den Worten des Kandidaten der Liberaldemokratischen Partei Rußlands (LDPR) für den Wahlkreis Werch-Isetsk, Kuzew, amtierten 70% der Mitglieder der Wahlkommissionen schon in sowjetischer Zeit. In der Tat scheint bei der Bildung der Wahlkommissionen das Prinzip, daß ihnen "bewährte Kräfte" seit vielen Jahren angehören, vorherrschend zu sein.

Gegen Wahlkommissionen wurden verschiedene Vorwürfe geäußert, die im Zusammenhang mit ihrer "traditionellen" Zusammensetzung stehen:

- sie seien diffamierenden Äußerungen über Kandidaten im Wahlkampf nicht nachgegangen und hätten ihre Kontrollfunktion nicht oder unzureichend wahrgenommen,
- sie seien bisweilen "engagiert" (= parteiisch),
- sie warteten häufig geradezu auf (illegale) Anweisungen "von oben", d.h. von der Administration. Es komme sehr auf den Vorsitzenden einer Wahlkommission an, ob solchem illegalen Druck ("Telefonrecht") nachgegeben werde oder nicht.

Als ein wichtiges Kontrollinstrument der Tätigkeit der Wahlkommissionen sieht die Wahlgesetzgebung außer den Vertrauenspersonen (500 pro Partei und 10 pro Direktkandidat) und neben den Wahlbeobachtern vor, daß die Parteien in alle Wahlkommissionen von der Ebene der Wahllokale angefangen bis zur Ebene der Zentralen Wahlkommission je ein Mitglied mit beratender

⁷ Materialy izbiratel' nogo bloka "Preobrażenie Otečestva". Ekaterinburg 1995.

Stimme entsenden können. Jeder Kandidat kann in alle Wahlkommissionen seines Wahlkreises (Wahllokalcommission, territoriale Wahlkommission, Wahlkreiskommission) je ein Mitglied mit beratender Stimme entsenden. In der Gebietswahlkommission von Swerdlowsk gab es nach Angaben ihres Vorsitzenden, Wladimir Mostowschtschikow, drei solche beratenden Mitglieder: je einer von der "Kommunistischen Partei der Russischen Föderation" (KPRF), von der "Demokratischen Wahl Rußlands" Gajdars und von der "Umgestaltung des Vaterlands" Rossels. Auf der Ebene der Wahlkreiskommissionen waren ebenfalls beratende Mitglieder tätig, teils von Parteien, teils von Direktkandidaten entsandt, so z.B. in der Perwouralsker Wahlkreiskommission: ein Vertreter der KPRF und sieben von Direktkandidaten gestellte Mitglieder.

Wahlbeobachter

Die einheimischen Wahlbeobachter der Parteien und Direktkandidaten sind befugt, sich am Wahltag im Wahllokal aufzuhalten, die Stimmabgabe im Wahllokal und außerhalb (in Wohnungen) zu verfolgen, die Wahlergebnisprotokolle einzusehen und beglaubigte Kopie zu erhalten, sich an den Vorsitzenden der Wahlkommission mit Vorschlägen und Bemerkungen zu wenden sowie Klage gegen Handlungen der lokalen Wahlkommission bei übergeordneten Wahlkommissionen oder vor Gericht zu erheben.

Die ausländischen Wahlbeobachter haben dagegen etwas eingeschränkte Rechte: Sie dürfen sich am Wahltag im Wahllokal aufhalten, bei der Stimmauszählung und der Anfertigung der Ergebnisprotokolle anwesend sein und in das dritte Exemplar der Protokolle mit den Auszählergebnissen Einsicht nehmen (haben jedoch kein Recht auf beglaubigte Kopien), sich an den Vorsitzenden der Wahlkommission mit Vorschlägen und Bemerkungen wenden, die Zentrale Wahlkommission über die Wahrung der Wahlrechte der Bürger informieren.

Die einheimischen wie die ausländischen Beobachter haben zudem das Recht, Einsicht in die dritten Exemplare der von den territorialen (Rajon)-Wahlkommissionen angefertigten Protokolle und in die ebenfalls dort angefertigten "Zusammenfassenden Tabellen" (Svodnye tablicy) Einsicht zu nehmen, in denen die Ergebnisse aus allen zum Territorium (Rajon) gehörenden Wahllokalen einzeln aufgeführt sind. Außerdem haben alle Beobachter das Recht, auf der nächsthöheren Ebene in die dritten Exemplare der von der Wahlkreiskommission angefertigten Protokolle und in die ebenfalls dort angefertigten "Zusammenfassenden Tabellen" Einsicht zu nehmen, in denen die Einzelergebnisse aus den zum Wahlkreis gehörenden Territorien (Rajons) enthalten sind.

Um eine Manipulation der Wahlergebnisse besser kontrollieren zu können, müßten die Beobachter die ihnen aus den Protokollen bekanntgegebenen Ergebnisse mit den Ergebnissen vergleichen können, die dann in der "Zusammenfassenden Tabelle" der jeweils übergeordneten Wahlkommission für diese Wahllokale eingetragen werden. Durch solche Vergleiche würden sich Hinweise auf Manipulationen ergeben. Leider war es aus Zeitgründen nicht möglich gewesen, vor Ort Einsicht in die "Zusammenfassenden Tabellen" zu nehmen.

In der Wahlkommission des Ordschonikidse-Wahlkreises gab es am Wahltag einen Beobachter der KPRF, der alle Ergebnisse sehr sorgfältig notierte; außerdem zwei Beobachter von "Unser Haus Rußlands", die ebenfalls die laufenden Ergebnisse notierten und äußerten, daß alles normal laufe; außerdem je einen von "Kedr" und der Agrarpartei. In den Wahllokalen dieses Wahlkreises beobachteten jeweils bis zu sechs einheimische Beobachter, meist von Direktkandidaten, den Wahlverlauf.

Aus Deutschland beobachteten die Wahl in Jekaterinburg außer den Autoren dieser Ausarbeitung noch die Bundestagsabgeordnete und Ministerin a.D., Frau Dr. Irmgard Schwaetzer. Ferner waren in Jekaterinburg noch zwei französische und ein kanadischer Wahlbeobachter sowie - laut einheimischer Presse - die amerikanische Organisation National Democracy Institute mit Wahlbeobachtern vertreten. Zu diesen ausländischen Kollegen ergab sich kein Kontakt.

Wahlbeobachtung vor dem Wahltag

Der Vorsitzende der Wahlkommission des Wahlkreises Werch-Isetsk, Dmitrij Bykow, kritisierte, daß im neuen Staatsdumawahlgesetz:

- keine Sanktionen bei eventuellen Rechtsverletzungen festgelegt seien,
- die Rechte und Pflichten der Mitglieder der Wahlkommissionen nicht definiert seien und
- die Instruktionen der Zentralen Wahlkommission und teilweise auch der Gebietswahlkommissionen nicht in allen Fällen mit den geltenden Gesetzen übereinstimmten; gleichwohl seien diese Instruktionen manchmal besser als die Gesetze.

Der Vorsitzende der Gebietswahlkommission Mostowschtschikow kritisierte als "weißen Fleck im Wahlgesetz", Premier Viktor Tschernomyrdin könne für seinen Wahlblock "Unser Haus Rußland" mit seinem Regierungsapparat einen Extra-Wahlkampf führen.

Bei einem Gespräch in der Zentralen Wahlkommission in Moskau am Tag vor dem Abflug nach Jekaterinburg war betont worden, daß das neue Wahlgesetz zwar noch nicht vollkommen sei, daß man aber versucht habe, ein möglichst gutes Wahlgesetz abzufassen und sich dabei stark am deutschen Vorbild orientiert habe. Bei der Beratung über den Entwurf des Wahlgesetzes habe der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Nikolaj Rjabow, die Vertreter des Innenministeriums, der Armee und des Föderalen Sicherheitsdienstes auf einer gemeinsamen Sitzung ausdrücklich gefragt, ob sie Schwierigkeiten mit der vorgesehenen Regelung hätten, daß die Wahlbeobachter alle Wahllokale besuchen können. Alle drei Vertreter dieser Machtministerien hätten erklärt, sie seien mit dieser Regelung einverstanden. Im übrigen wurde der Wahlbeobachter gebeten, sofort bei der Zentralen Wahlkommission in Moskau anzurufen, wenn ihm in Jekaterinburg der Zutritt zu irgendeinem Wahllokal verweigert würde.

Eine vorzeitige Stimmabgabe war - ohne Angabe von Gründen - vom 2. bis zum 13. Dezember bei den territorialen Wahlkommissionen und ab dem 14. Dezember in den Wahllokalen möglich. Im Gebiet Swerdlowsk machten davon etwa 10.000 Wähler, davon 3.000 allein in Jekaterinburg, Gebrauch. Das sollen 30-40% weniger gewesen sein als bei den Gouverneurswahlen im Sommer 1995.

Die für eine Kandidatur erforderliche Unterschriftenzahl (5.040) wurde von den Kandidaten beigebracht und in den meisten Fällen mit 6.000 bis 7.000 Unterschriften sogar übertroffen.

Um auf mögliche Wahlfälschungen sofort reagieren zu können, wurde bei der Gebietswahlkommission eine spezielle Gruppe gebildet, der Vertreter der Miliz und der Staatsanwaltschaft angehören.

Während des Wahlkampfes kam es laut Bykow zu einigen Gesetzesverletzungen, so z.B.:

- wurden anonyme diffamierende Flugblätter gegen bestimmte Direktkandidaten verteilt bzw. geklebt, die angeblich auf das Konto eines anderen Direktkandidaten gingen,
- Druckerzeugnisse enthielten vorschriftswidrig keine Angaben über den Auftraggeber und die Auflagenhöhe. Eine Beweisführung war schwierig, weil der Kandidat, für den darin/darauf geworben wurde, abtritt, dieses Druckerzeugnis in Auftrag gegeben zu haben.
- Am Tag vor der Wahl wurden noch Wahlplakate geklebt.

Dem unabhängigen Direktkandidaten für die Staatsduma Jewgenij Sjablizew wurde von Konkurrenten vorgeworfen, er habe Wählerstimmen z.B. durch Austeilen von Gratisfrühstücken an Arme und von Gratispublikationen "gekauft". Einem anderen Kandidaten (Nekrassow in Perwouralsk) wurde nachgesagt, er habe im Falle seiner Wahl versprochen, daß er denjenigen seiner Wähler, die durch den betrügerischen Anlagefonds "MMM" ihr Geld verloren haben, zu ihrem Recht verhelfen werde.

Auch ist versucht worden, Wähler durch Versprechen von Wodka oder durch Gutscheine mit Kontrollabschnitten, die im Falle des Sieges eines bestimmten Kandidaten einzulösen waren, zu "kaufen". Eine spezielle Irreführung von Wählern durch einen Direktkandidaten bestand darin, daß er sich als "Jabloko"-Kandidat vorstellen ließ, obgleich er schon vor längerer Zeit aus der Partei ausgeschlossen worden war.

Etliche unabhängige Direktkandidaten kritisierten, ihnen seien die ihnen gesetzlich zustehenden und ohnehin niedrigen Wahlkampfmittel in Höhe von 400.000 Rubel (ca. 130 DM) von den Wahlkommissionen nicht ausgezahlt worden. Diese arbeitsfrei gestellten Kandidaten hätten so seit 55 Tagen keine Einkünfte. Ihnen gegenüber wären Direktkandidaten bevorzugt, die über andere Finanzquellen verfügten oder von Parteien, Wahlblöcken oder Wählervereinigungen als Direktkandidaten aufgestellt worden waren. Sie konnten für ihren Wahlkampf die höheren Wahlkampfmittel der Parteien usw. nutzen. Die KPRF verfügte dabei angeblich über die meisten Mittel, auch die LDPR sei relativ reich, ebenso Tschernomyrdins "Unser Haus Rußland" und auch Jawlinskis "Jabloko": Es gebe Kandidaten, die 50 Millionen Rubel (ca. 17.000 DM) und mehr zur Verfügung hätten. Dagegen hätten die demokratischen Blöcke nur wenig Geld für den Wahlkampf ihrer Kandidaten ausgeben können.

Von den pro Wahllokal für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl von der Zentralen Wahlkommission veranschlagten 4,7 Millionen Rubel (ca. 1.500 DM) waren bis zum 16. Dezember erst 1,9 Millionen Rubel (ca. 600 DM) überwiesen worden. Diese Mittel reichten gerade, um die anfallenden Kosten für Miete, Transport, Ausrüstung und Personal zu bestreiten. Zwar habe das Finanzministerium die Zentrale Wahlkommission aufgefordert, die für den Wahlkampf vom Gesetz her noch erforderlichen Mittel als Kredit bei der Zentralbank oder bei Geschäftsbanken aufzunehmen, aber die Zentrale Wahlkommission habe dies nicht getan. Den Kandidaten wurde statt dessen versprochen, die ihnen zustehenden Mittel würden nach der Wahl ausgezahlt. Da aber die Wahlkommissionen Wahlkampfmittel nur auf Sonderkonten der Kandidaten überweisen durften, die in der Wahlnacht aufzulösen waren, stellt sich die Frage, ob die Kandidaten die ihnen laut Gesetz zustehenden Wahlkampfmittel jemals erhalten werden.

Laut Wahlgesetz müssen die Kandidaten ihre Wahlkampfausgaben bis spätestens 30 Tage nach der Wahl belegen und die Wahlkommissionen diese Belege bis spätestens 45 Tagen nach der Wahl geprüft haben. Das Ergebnis ist zu veröffentlichen. Aber diese Offenlegungspflicht kann unterlaufen werden, wenn einem Kandidaten z.B. organisatorische Wahlkampfmaßnahmen von dritter Seite finanziert bzw. Sachmittel oder Personal gratis zur Verfügung gestellt werden.

Peter Hübner/Galina Luchterhandt/Eberhard Schneider

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071